

15.10.2001

Deutsche Post-Tochter kündigt Kooperation bei IT-Sicherheit an

Die Deutsche Post Signtrust GmbH-Tochter will mit einer neuen Sicherheitslösung für das Internet Standards setzen und hat noch für Oktober eine Kooperation mit einem Betriebssystemhersteller angekündigt.

Reuters MÜNCHEN. "Ein großes Betriebssystem-Softwarehaus wird unsere Internet-Zertifizierungslösung noch in diesem Monat in seine Programme integrieren" sagte Fritz Höring, Vorsitzender der Geschäftsführung der Tochter der Deutschen Post AG anlässlich der Computermesse Systems 2001 am Montag in München. Den Namen des Kooperationspartners nannte er nicht. Im Oktober soll das neue Microsoft-Betriebssystem "WindowsXP" auf den Markt kommen.

Signtrust erwarte in zwei bis drei Jahren einen Jahresumsatz von 50 Mill. ? und werde Anfang 2004 die Gewinnschwelle überschreiten, sagte Höring. Langfristig wolle die Gesellschaft mit Internet-Sicherheits- und Zertifizierungslösungen jährlich 100 Mill. ? umsetzen. In den Jahren 2000 und 2001 seien bisher insgesamt zehn Mill. ? investiert worden. "Nachdem wir aus Sicherheitsgründen unsere Server in Atombunker untergebracht haben und unsere Produkte ausgereift sind, werden wir im kommenden Jahr deutlich weniger investieren", sagte Höring, ohne Details zu nennen.

Für Umsatz bei Signtrust soll zum Beispiel ein erstmals auf der Systems präsentierter Standard für elektronische Signaturen sorgen. Mit dem neuen einheitlichen Standard ISIS-MTT könne die Internet-Korrespondenz mit einer rechtsverbindlichen elektronischen Unterschrift zertifiziert und gleichzeitig verschlüsselt werden. "Die bisherigen Insellösungen der verschiedenen Anbieter werden bis spätestens 2002 von dem Standard abgelöst", sagte Höring. Auch auf europäischer Ebene werde sich dieser Standard durchsetzen. Signtrust habe bisher 200 000 elektronische Signaturen ausgegeben und wolle in zwölf bis 18 Monaten die Marke von einer Mill. durchbrechen.

Den Bestrebungen von Sicherheitsbehörden, Verschlüsselungssoftware mit einem eingebauten "Nachschlüssel" knacken und damit Korrespondenz überwachen zu können, erteilte Höring eine Absage. Eine solche "Hintertür" zur Überwachung elektronischer Kommunikation werde es nicht geben. Eine abschließende Entscheidung solle jedoch erst in einer Staatssekretärsrunde im November gefällt werden.